

10pf

Sandvolk
erwache!

gob

schon morgen kaum ausreichte, um einen Hackenstiel zu kaufen? Und schon begannen der Staat und die Banken und die Großverpächter und die Großindustrie ihre Steuern, Zinsen und Preise in Dollars oder Feindgold zu berechnen, während der Bauer gezwungen war, nach wie vor in Papiermarkt zu verkaufen.

Drinnen in der Stadt aber kam eine neue Welle des Hungers über die Arbeiterschaft. Alle Lebensmittelgeschäfte platzten vor Waren, aber die Arbeiterfamilien standen hungerrnd vor den Fensterscheiben, weil der Lohn kaum zu trockenem Brot reichte. Routen von Hungernden zogen in die Dörfer, auf die reisenden Felder, um mit Bitten oder Gewalt zu holen, was zum Leben nötig war.

Und wieder war es eine Erntezeit für Wucherer, Schieber, Devisenhamster, Inflationswinkler aller Art. Unter den Augen der Regierung verjähelte eine kleine Schar von „Neureichen“ den Schweiß der Armen in Preissen und Wollust unerhörten Ausmaßes. Die Industrie aber verschleuderte deutschen Arbeiterfleiß um Dollars und Gulden im Ausland. Deutschland stand im August 1923 vor dem zweiten Zusammenbruch.

Und wieder waren es die gutgläubigen Bauern, die schwere Opfer brachten für das, was man ihnen als die „Reitung Deutschlands vor dem Bolschewismus“ predigte.

„Bolschewismus“, sagte man den Bauern, „das ist Raub, Plünderung, Mord, Hungernot, Stürme von Blut und Berge von Leichen. — Die Kommunisten“, so hieß man den Bauern zu, „wollen alles teilen, sie holen dem Bauer die Kuh aus dem Stalle, den letzten Sack Getreide vom Speicher!“ Der Kommunistenschreck zog durch die Dörfer, er brachte fette Beute in die Scheunen der Großbanken, der Großindustrie, denen man 700 Millionen neuer Rentenmark als „Entschädigung“ für den „Ruhrkampf“ zahlte, und den Junkern, dass allein 1924/25 über 600 Millionen Mark Darlehen aus der Rentenbankkreditanstalt gegeben wurden. Der Bauer zahlte Rentenbankschuldzinsen, Brot- und Landabgabe, Gebäudeentschuldungsteuer, teure Roggendarlehen, Wucherzinsen bis zu 10 und 12 Prozent im Monat, ungeheure Kreis- und Gemeindesteuern.

Die Mark war saniert, aber der Bauer war pleite, mehr pleite als je.

II

Die „Grüne Front“ verrät die Bauern

Es kam die Periode der Rechtegeregierungen seit 1925!

Luther, der Vertrauensmann des großen Finanzkapitals, und Marx, der langjährige Vorsitzende der deutschen Katholikentage, wurden nacheinander Kanzler der deutschen Republik. Der Deutschnational Herr von Schlabach machte 1926 als Finanzminister Aufwertung und Steuern. Die Landwirtschaft vertrat der ostpreussische Gutsherr Graf Kanitz, das Innenministerium hatte zunächst der Gutsrichter und Fabrikbesitzer Schiele, der 1927/28 das Ministerium für Landwirtschaft übernahm.

„Bauern in die Regierung!“ hatte der Landbund gerufen. Die Bauern schauten auf den Grafen Kanitz und Herrn Schiele. Die Präsidentenwahl im Frühjahr 1925 stellte Hindenburg an die Spitze des Reiches. Die Bauern glaubten an Hindenburg. Endlich schien der Weg frei zu besseren Zeiten.

Was die Rechteregierung aber mit den „Bauern“ Schiele und Graf Kanitz als erstes den werktätigen Bauern bescherte, das war die „Aufwertung“.

Mit einem Schlag wurden durch dieses Schandgesetz Millionen kleiner Sparer in Stadt und Land entglückt. Eine lebenslange Fließes betrogen, an den Bettelstab gebracht. Diese „Aufwertung“, die ein

Hohn auf die Ansprüche von Millionen Inflationsopfer war, sicherte mit gesetzlicher Kraft den frechen Raubzug der Inflationsmillionäre auf die Taschen der werktätigen Millionen. Nur die Hypotheken der kleinen Bauern stiegen, die wurden um das Vielfache der Spargroschen aufgewertet. Die Großgrundbesitzer stimmten aber für diese Sondergesetze an die Hypothekenbanken, weil sie damit ihre Kreditfähigkeit erhöhten und auf immer neue Staatskredite spekulierten.

Zölle, Zölle, Zölle! Das war jetzt die große Parole, mit der der Landbund und die Bauernvereine die Masse des Landvolks hinter sich herzogen. Die Konkurrenz des Auslandes ist schuld an der Bauernnot, hieß es. Sperrt die Grenzen!

Um das Jahr 1927 und 1928 wurde es tatsächlich auch etwas besser für einen Teil der Bauernschaft. „Das machen die Zölle“, riefen die Führer, in Wirklichkeit aber waren die schweren Einnahmen der Bauern nur die Folge einer fühlbaren Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage der ganzen Welt. Die Preise gingen ja auch in England, in Dänemark und Holland, wo keine Zölle sie schützten, rasch in die Höhe. Die Industrie war beschäftigt, der Arbeiter verbesserte seinen Lohn und konnte kriegen, der Bauer bekam Geld.

Mit einem Schlag wurde das wieder anders, als 1929/30 das Heer der Erwerbslosen in allen Ländern gewaltig answoll. Millionen an den Stempelstellen, an den Türen der Wohlfahrtsämter, zur Last des Staates, der Gemeinden. Die Löhne sanken, die Unterstützungen sanken, die Finanzen des Staates verschlechterten sich, die Steuern wuchsen. Und die Preise fielen! Trotz Kanzler Brüning und Landwirtschaftsminister Schiele (seit März 1930!) Trotz der Zölle! Trotz Verarmungszwang, Roggenstützung, Maismonopol! Trotz gewaltiger nie dagewesener Zollerhöhungen!

Heute beträgt der Weizenzoll fast 100 Prozent des deutschen Inlandpreises und 250 Prozent der Weltmarktpreise! Der neue Schweinezoll ist mit 40 Mark je Doppelzentner gleich 50 Prozent der Inlandpreise und fast 100 Prozent der Preise in Dänemark oder Polen. Die Preise für Futtergerste, Kleie, Futtermais sind dreimal so hoch als im Ausland.

Wir haben Zollmauern, wie es nie früher in der ganzen Welt gab.

Und trotzdem stehen die Preise des Bauern vielfach unter Friedenspreis!

Denn die Arbeitermassen kaufen nicht, die Arbeiter hungern! An Brot und Kartoffeln kann auch der Erwerbslose kaum sparen, aber bei der eigentlichen Bauernware, das sind Fleisch, Milch, Butter, Käse, Gemüse, Obst, Wein, Eier. Hier ist der Konsum katastrophal gefallen!

Bauer überlege! Ein fünfköpfige Arbeiterfamilie mit einem Jahreseinkommen bis zu 2500 Mark verzehrt auf den Kopf der erwachsenen Person im ganzen Jahr 27 Kilogramm Butter. Schon eine mittlere Beamten- oder Angestelltenfamilie mit einem Jahreseinkommen bis zu 4500 Mark im Jahr kann sich 10,5 Kilogramm Butter auf den Kopf der erwachsenen Person leisten. Wir haben aber 17 Millionen Arbeiter mit weniger als 1700 Mark Jahreseinkommen! Heute sind Millionen nicht mehr instande, auch nur 2,7 Kilogramm Butter im Jahr zu verzehren! Arbeiternot ist Bauernnot!

Draußen aber im Weltmarkt produzieren großkapitalistische Landgesellschaften heute mit Traktor und Mehrtraktor den Zentner außerbrockenen Weizen zu 250 Mark, schicken fabrikmäßig erzeugte Fleisch- und Milchprodukte auf den Weltmarkt, mit denen kein Bauer mehr konkurrieren kann. Und diese fabrikmäßig im großen hergestellte Weltmarktware überspringt die höchsten Zölle, denn das große Kapital kann es sich leisten, den Ueberfluß zu Schleuderpreisen auf den Markt zu werfen, nachdem seine Inlandpreise durch Zölle erhöht worden sind. Alle Länder stehen heute gegeneinander im wildesten

Zollkrieg, alle bauen ihre Zolldämme, ihre Einfuhrverbote, Monopole bis in den Himmel, alle schleudern ihren Überfluß auf den Nachbarn, und wer am kapitalstärksten ist, der allein gewinnt in diesem Kampf aller gegen alle.

Der deutsche Bauer ahnt, daß er bei diesem Spiel verlieren muß. Die Zollpolitik ist in der Sackgasse, die „Grüne Front“ weiß keinen Ausweg.

III.

Hitler verspricht Rettung

Die Reichstagswahlen brachten der Hitler-Partei nicht weniger als 6 Millionen Wählerstimmen. Unter diesen Millionen waren große Massen des werktätigen Landvolkes.

Und warum wählten Millionen Bauern und Bauernfrauen gerade die Partei des Hakenkreuzes? Es war das große Versprechen des Nationalsozialismus, das sie zu Hitler lockte: Beseitigung der Zins knechtschaft, Zerreißung des Young-Planes, gerechter Preis, nationale Bodenreform, Allgemeinnutz geht vor Eigennutz!

So schön wie vor 12 Jahren die Worte „Frieden, Freiheit, Brot!“, so schön klingen jetzt die Worte Hitlers im Ohre der Bauern.

Zerreißung des Young-Planes! — Jährlich fast zwei Milliarden Kriegskriegtribute saugt dieses Instrument eines erbarmungslosen internationalen Finanzkapitals aus dem hungernden, gepökelten deutschen Volke. Und das während 50 langer Jahre aus Kindern und Enkelkindern. Kein Wunder, daß der Zulauf bekommt, der glaubhaft verspricht, diese Sklavenkette zu zerreißen.

Bruch der Zins knechtschaft! Das bedeutet für den arbeitenden Bauern nicht nur: fort mit den Wucherzinsen, die er heute noch für Hypotheken zahlt, das bedeutet vor allem auch: Schluß mit dem Unang der Wechsel, durch die er erbarmungslos ruiniert wird. Bebruch der Zins knechtschaft bedeutet aber auch für Hunderttausende kleiner Pächter: Schluß mit dem unerschwinglichen Pachtzins, der auf dem bäuerlichen Grundstück viel höher lastet als auf dem Domänengut.

„Gerechte Preise!“ — Der Bauer versteht darunter Preise, die die Unkosten decken und Raum für ein menschenwürdiges Dasein schaffen, Preise, die ein sorgenfreies Alter, der Tochter ein bescheidenes Heiratsgut, dem Sohne eine Ackeranerkennung ermöglichen sollen.

Nationale Bodenreform! Zehntausende nachgeborene Bauernsöhne, Zehntausende kleiner Häuser, Köthner, Kötter, Heuerlinge, Pächter aller Art, schauten mit Sehnsucht auf die breiten Ackerflächen der Gutsbetriebe, neben denen ihre schmalen Parzellen wie Handteller aussehn. Hindenburg hatte den deutschen Soldaten Siedlung und Heim versprochen. Was ist aber aus dem feierlichen Versprechen an alle Kriegsteilnehmer und Frontsoldaten geworden? Die bodenhungrigen Kleinbauern und Häuser hoffen auf Hitler.

IV.

... und zerreißt sein eigenes Programm

Die Grundlage alles menschlichen Lebens, jeder Kultur, jeden Fortschritts ist die Arbeit am Boden.

Der landwirtschaftlich genutzte Boden ist der Quell aller Nahrung und Kleidung. Wer sich am Boden vergeißt, vergeißt sich am Leben seiner Volksgenossen.

Der untrügliche Maßstab, woran wir den Charakter einer politischen Partei messen, ist deshalb ihre Stellung zum Boden, ihr Bodenprogramm.

In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist der Boden wie alles andere, wie auch die menschliche Arbeitskraft, — käufliche Ware. Mit Boden wird gehandelt wie mit Siefeln, in Boden wird spekuliert, durch den Boden werden Vermögen vererbt und wieder verloren. Bäuerliche Boden kann gepflündet und zwangsversteigert werden. Baugrundpreise können in so wahnsinnige Höhe geschraubt werden, daß Millionen städtische Arbeiter gezwungen werden, in elenden Wohnhöhlen, in Kellern und auf dunklen Hinterhöfen zu leben und daß tausende Kinder jährlich an dieser Wohnungsnot zugrunde gehen. Ein Volksgenosse kann heute zum anderen sagen: Dieser Boden gehört mir, ich bearbeite ihn nicht, aber willst du Brot darauf gewinnen, dann bezahle mir einen Tribut. So wird die Not der kleinen Bauern ausgenutzt zu einem mühseligen Einkommen für Schmarotzer.

Was sagt Hitler dazu?

Am 25. Februar 1920 verkündete Hitler im Hofbräuhaus in München das „Programm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“. Zur Bodenfrage sagt das Programm wörtlich:

§ 17.

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Entgeltung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.“

In Deutschland haben wir rund zwei Millionen landwirtschaftliche Zweigbetriebe, deren Besitzer zum größten Teil neben- oder hauptsächlich Lohnarbeit verrichten. Hunderttausende dieser Zweigbauern sind jetzt erwerbslos, billiger Boden würde ihnen Arbeit und Nahrung schaffen. Wir haben in Deutschland ferner 950 000 Kleinbetriebe zwischen 2 und 5 Hektar und rund 950 000 mittelmäßige Betriebe mit je 5 bis 20 Hektar. Viele von ihnen brauchen mehr Boden, um richtig wirtschaften zu können.

Wird Hitler ihnen den Boden geben?

Aber das Bild des deutschen Bodenrechtes wäre noch nicht vollständig, würden wir nicht erwähnen, daß von den Zweigbesitzern 52,2 Prozent, von den Kleinbauern sogar 56,5 Prozent, von den Mittelbauern bis 10 Hektar 46,9 Prozent und von den Holzbauern bis 200 Hektar immer noch 32,3 Prozent auf Pachtland in irgendeinem größeren oder kleineren Ausmaße angewiesen sind. Ihre Zinsherren sind jene großen, meist adligen oder kirchlichen Grundherrschaften, die sich nicht schämen, selbst in diesen Notzeiten arbeitsloses Einkommen aus dem Arbeitsweiß und — sagen wir es offen — teilweise aus dem Hunger ihrer bäuerlichen Volksgenossen zu beziehen.

Was sagt Hitler zum Pachtwucher?

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Agrararchitekt, Gutbesitzer Willikens, regt sich in seinem Buche „Nationalsozialistische Agrarpolitik“ darüber auf, daß in der Mark Brandenburg allein 150 000 preussische Morgen, gleich 37 500 Hektar, in „jüdischem Großgrundbesitz“ sind und fordert, daß nur Deutsche und jeder Deutsche nur soviel Land besitzen darf, als er bewirtschaften kann.

Schön, sagen wir Kommunisten, wir werden diese jüdischen Großgrundbesitzer wie alle anderen entschädigungslos enteignen, aber Herr Willikens möge den deutschen Arbeitsbauern und Kleinpächter einmal klarmachen, warum er und die Nationalsozialisten kein Sterbenswörtlein dagegen einzuwenden haben, daß zum Beispiel in Süddeutschland 42 hochadlige, reinrassig arische tausende sondern hunderttausende Hektar Boden in Privateigentum genannt, den sie in der Hauptsache um teure Märgeld an deutsche Volksgenossen verpachten, während sie selber ein mühseliges Schmarotzerdasein, oft genug im Ausland, führen! Wir erinnern an das

Fürsten Thura und Taxis, dem 21526 Hektar, dessen außer seinen weitläufigen ausländischen Besitzungen in Böhmen. Wir nennen den kaiserlichen Vetter, den Fürsten Hohenlohe-Sigmaringen mit 15000 Hektar, den Freund des ehemaligen deutschen Kaisers, den Fürsten von Fürstenberg mit 19000 Hektar usw.

Will Herr Willikens etwa behaupten, daß alle diese Prinzen, Fürsten, Grafen und Barone ihren Boden „selbst bewirtschaften“? Will er dem deutschen Bauern weis machen, daß hier „ein sittlicher Inhalt“ des Bodeneigentums vorhanden sei „im Dienste der Volksernährung“?

Sollen wir weitere Beweise anführen?

Etwa Markgraf Berthold von Baden oder den Grafen Douglas in Baden, von denen jeder mehr als 2000 bäuerliche Pächter aussaugt? Sollen wir die Herrschaft Hessenstein nennen, des Landgrafen von Hessen hoch oben in Holstein, dem ganze Bauernhöfe zinspflichtig sind? Oder das Paradies der adeligen Grundbesitzer (Latifundien) im Nieder- und Oberschlesien, wo allein im Kreise Militsch acht Besitzer über 46454 Hektar Land besitzen, mehr als 49,99 Prozent des gesamten Grund und Bodens dieses unglücklichen Kreises! Jeder schlesische Kleinbauer weiß, daß der Fürst Hohenlohe-Oehringen über 42518 Hektar, der Graf Schafiggotsch über 30848 Hektar besitzen und ihnen in Abständen folgen Namen wie Herzog von Ratibor, Graf Arnim-Muskau, Graf Thiele-Winkler, Herzog von Sagan, Fürst Solms, Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, jeder ohne Ausnahme mit mehr als 20000 Hektar deutschen Bodens!

Herr Willikens stammt aus dem Harz. Er weiß genau, wie die Bodenverhältnisse in Niedersachsen liegen. Er schwelgt in seinem Beche darüber! Nennen wir einige westdeutsche Großbodenschmarotzer: Graf von Fürstenberg-Herdringen mit 19000 Hektar, Graf von Landsberg-Vehlen mit 8262 Hektar, Fürst von Sayn-Wittgenstein-Berleburg mit 11925 Hektar, Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein mit 14267 Hektar usw.

21 westfälische Großgrundbesitzer verfügen – ohne ihren Forstbesitz – über 50000 Hektar deutschen Ackerlandes, Wiesen und Weiden! Viele dieser Grundherren besitzen in Deutschland wie auch im Ausland verstreut noch gewaltige Ländereien. Ihr Besitz ist schwer nachzukontrollieren. Nennen wir einen für viele: Clemens, Reichgraf von Westfalen, der in seiner Heimat die Kleinigkeit von 4320 Hektar, dazu in Schleswig-Holstein noch 8393 Hektar besitzt. Oder nennen wir den Herzog Ahrenberg-Nordkirchen, dem in Westfalen 7398 Hektar, in der Rheinprovinz 10354 Hektar, in Hannover 10180 Hektar zusammen 27842 Hektar gehören. – Warum so schweigsam, Herr Willikens!

Nüt die Kommunisten fördern die entschädigungslose Enteignung des jüdischen und des christlichen Schmarotzerbesitzes!

Aber noch ist unsere Liste der enteignungsfreien adeligen Grundbesitzer, die das Schweigen des Herrn Willikens so bereit verteidigt, nicht zu Ende. Da ist noch Wilhelm, der Hollandfahrer! Da ist das prinzipale Geblüt des Hohenzollernstammes! Nicht weniger als 156301 Hektar preussischen Bodens forderte diese treuendeutsche, christliche Fürstenfamilie von dem ausgezogenen, blutenden deutschen Volke anlässlich der berühmten Fürstenabfindung, ungerechnet der Schlösser, Parks, Juwelen und der jährlichen Rente von 6000000 Mark für den ehemaligen Kaiser, zahlbar nach Holland, wo Wilhelm 15 Millionen Gulden – 2,5 Millionen Mark Einkommen jährlich verauslagt! Einer dieser edlen Familie, Prinz August Wilhelm, trägt heute Hakenkreuz und Braunhemd! Also warum so schweigsam, Herr Willikens?

Aber Willikens ist nur ein kleiner von den grossen Narrentüchern. Was sagt Herr Hitler?

Am 13. April 1928 gab der grosse Adolf folgende Erklärung ab, die in allen Zeitungen und Zeitschriften und vor allem wörtlich in der Programmschrift des anerkannten Gelehrten der NSDAP, Herrn Gottfried Feders, M.d.R., auf Seite 9 abgedruckt ist. Sie lautet:

Erklärung.

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programmes der NSDAP, von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

Da die NSDAP, auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, dass der Passus „uneigentümliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmässige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäss in erster Linie gegen die jüdischen Grundbespekulationen.

gez. Adolf Hitler.

Wer ist hier „verlogen“? Was heisst „Möglichkeiten“? Was heisst „wenn nötig“? Was heisst „unrechtmässig erworben“? Was heisst

Noch nie hat eine politische Partei ihr Programm so grausam gründlich und in so kurzer Zeit zerlegt in den Papierkorb geworfen wie die Partei der Nationalsozialisten!

Selbst die Sozialdemokratie, die geschichtlich berüchtigtste Partei des Programmverrats, hat zur Zerlecherung des Erfurter Programms aus dem Jahre 1891 immerhin 24 Jahre – bis 1914 gebraucht.

Und dabei hat Hitler festerlich sein Programm für „unabänderlich“ erklärt!

Wer wirtschaftet nach Ansicht Hitlers nicht nach dem Volkswohl, wer treibt Mißwirtschaft und muß uneigentümlich enteignet werden? Die Kleinbauern!

So heisst es in einem „vertraulichen“ Rundschreiben der Parteileitung an ihre landwirtschaftlichen Fachleute u. a.:

„Organisationsabteilung II.

Abtlg. Landwirtschaft.

13. 4. 31.

Rundschreiben Nr. 36.

An die Herren L. G. F. J.

... 3. Die Behandlung eines Falles von „Mißwirtschaft“ dürfte sehr schwierig sein. Entstanden ist wohl dieser Passus in der schlimmsten Zeit der Konjunkturschwäche im Krieg und Inflation. Eigentliche Mißwirtschaften auf den Ländern wird es m. E. in Deutschland kaum geben, zum mindesten sind sie längst pleite, prozentual werden übrigens meist Kleinbetriebe unter solche Rubrik fallen. Diese Momente, wie die Notwendigkeit wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen von staatswegen möglichst zu vermeiden, werden eine automatische statt einer mechanischen Regulierung in Zweifelsfällen geeigneter erscheinen lassen.

Diese müßten im Steuersystem liegen ...

Jeder Landbesitzer hat hauptsächlich nur eine Steuer zu leisten eine Grundsteuer, die alle zwei Jahre etwa neu veranlagt wird und relativ hoch sein könnte. Was darüber einkommt, bleibt dem Besitzer ... und würde zur außerordentlichen Kraftenthaltung anspornen. Wer das Minimum nicht aufbringt, muß Schulden machen. Da der Staat der Hauptkreditgeber ist, kann er verhältnismässig schnell den Kredit sperren, sobald er feststellt, daß der Besitzer das Geld nicht zur Verbesserung, sondern zu laufenden Ausgaben verwendet.

Das ist also nationalsozialistische Bauernpolitik! Wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Kleinbauern. Eine hohe Grundsteuer, die den Kleinbauern kaputt macht zugunsten des mit Staatskredit gut ausgerüsteten, hochrationell wirtschaftenden Gutsbesitzers. Wer die Steuern nicht zahlt,

soll Schulden machen. Das dritte Reich Hitlers wird ihm schon rechtzeitig die Schlinge zuziehen! Auch eine „Brechung“ der Zinsknechtschaft!

Noch ein ungelöstes Geheimnis des „deutschen Bodenrechtes“ gilt es zu durchleuchten. Willkens preist „gesunde Siedlung“. Auch wir tun das. Und Willkens schreibt dazu auf Seite 47 „ohne Anrechnung eines Kaufpreises für den Grund und Boden“. Wir loben das! Aber Willkens schreibt weiter auf Seite 48:

„Latifundien sind nicht nötig. Diese werden gegen angemessene Entschädigung nach Massgabe des benötigten Siedlungslandes abgebaut.“

Bauer, merkest du was? Aus der uneigentlichen Enteignung wird „angemessene Entschädigung“. Nun sind wir der Meinung: Man soll nicht den geringsten Ausschluss lassen für Volksschädlinge, auch nicht wenn sie Prinz Auzi oder Fürst oder heissen. Jede „angemessene“ Entschädigung verwandelt den Boden, ein Geschenk der Natur wie Licht und Luft, wieder in Ware zurück und belastet unnötig den bürgerlichen Käufer, macht den Siedler zwangsläufig wieder zum Schuldnecht des Grosskapitals.

Es gibt kein Drumherumreden, ihr Herren Nationalsozialisten! Bauernansprüche verjähren nicht, entweder seid ihr für den Bodenschmarotzer oder für den Bauern!

In der historischen Stunde, als unter Führung der Kommunistischen Partei zum Volkenseid gegen die Fürstenabfindung gerufen wurde, als nicht nur Arbeiter, sondern Hunderttausende kleiner Bauern ihre Stimme für die große Wiedergutmachung Jahrhunderte alten Unrechtes abgaben, da standen die Nationalsozialisten nicht beim deutschen Volke, sondern bei den adligen Schmarotzern!

Insgesamt schenkte den Fürsten damals — mit ausdrücklicher Hilfe der Nazis — die Novemberrepublik 484401 Hektar Boden und einschlägliche Renten, Schlössern, bebauten Grundstücken, Juwelen, Barabfindungen alles in allem 2600 Millionen deutsche Reichsmark.

Im Namen eines blutenden und hungernden Volkes — einen Kriegstribut an den inneren Feind, noch vor dem Dawes-Plan und dem Young-Plan!

Und dank dem Nationalsozialisten Frick, der als Minister seine Parteifreunde in gutbezahlte Stellungen bei der Polizei und an der Universität schob, zahlt heute jeder bürgerliche Einwohner pro Kopf 95 Mark für das Wohlleben fürstlicher Nichtstuer!

V.

Hitler „bricht“ die Zinsknechtschaft

Im Hitler-Programm wird feierlich verkündet:

§ 11:

Absechtung des arbeits- und mühseligen Einkommens!

§ 12:

Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muss die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne!

§ 13:

Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe!

§ 10:

Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

Wir fragen bescheiden: Zu den Kriegsgewinnen gehören doch wohl auch die ungeheuren Inflationsgewinne, ferner die Gewinne aus den vom deutschen Volke an die deutschen Trustbarone teuer bezahlten „Sachlieferungen“ des Young-Planes?

Auch die Monopolgewinne der grossen Industriekartelle und Syndikate in Deutschland werden von bürgerlichen Sachkennern auf etwa 3 Milliarden jährlich geschätzt, d. h. nur der Betrag jener Ueberpreise, die über die normalen Produktionskosten hinaus von den Schlotbaronen kraft ihrer wirtschaftlichen Uebermacht den arbeitenden Volksgenossen zusätzlich abgenommen werden. Sind das nicht auch Wuchergewinne?

Doch über diese wichtige Frage zur Brechung der Zinsknechtschaft sagt das Hitler-Programm nichts!

Und wie steht es mit den Banken?

Auch Herr Willkens in seiner „Agrarpolitik“ ist sehr kleinlaut. Er schreibt zwar:

„Wir Nationalsozialisten stehen doch auf dem Standpunkt, dass nur die — aber sicher die Unternehmungen sozialisiert, d. h. in die Hand des Staates übergeführt werden müssen, deren Besitz ihrem Besitzer die Möglichkeit gibt, das ganze Volk auszubeuten...“

Beide Voraussetzungen erfüllt nun in idealer Weise die Dünge- mittel-, vor allem die Stickstoffdüngemittelindustrie.“

Aber bei dieser platonischen Liebeserklärung für einen eventuell im Dritten Reiche zu vollziehende Verstaatlichung der Düngemittelindustrie, gegen „angemessene Entschädigung“, natürlich bleibt es. Die Nationalsozialisten denken überhaupt gar nicht daran, den Trustbaronen wehe zu tun, sonst würden die Kaligrossindustriellen wie Herr Reichberg oder Burbach bestimmt nicht soviel Sympathie für die Hitler-Bewegung aufbringen. Die hochvertraute Kalidustrie hat Herr Willkens klüglich auch nicht genannt.

Es ist immer das alte Lied: Worte und Taten bei den Nationalsozialisten scheiden sich wie Feuer und Wasser.

„Brechung der Zinsknechtschaft ist die stählerne Achse, um die sich alles dreht“, schrieb stolz Hitlers wissenschaftlicher Apostel Gottfried Feder in seiner Programmklärung. Aber am 4. Dezember 1930 erklärte derselbe Feder als Redner im Reichstag:

„Nach einer Bemerkung zur Organisation des Bankwesens im kommenden Staat! Ja, glauben Sie doch nicht, dass wir etwa den soliden Privatbankier ausschalten, auf seine Mitarbeit verzichten könnten? Im Gegenteil, die Pflege des soliden Privatbankiers wird wesentlich zur Wiederbelebung des Personalkredits beitragen, der heute gar nicht mehr gepflegt werden kann; denn im Riesenkonzern geht es, einfach nach bestimmten Vorschriften.“

Wie schnell ist doch bei Gottfried Feder jener „jüdische Mann“ mit den „zerstörenden Rasseigenschaften“ zum „soliden Privatbankier“ avanciert, ohne den das Dritte Reich einfach nicht auskommen kann! Und mit dessen sachverständiger Hilfe man ausgerechnet den Personalkredit — wohl keine Zinsknechtschaft! — pflegen will! Wer erinnert sich da nicht an jenes schöne Lied vom „schwarzen Wallisch zu Askalon“, in dem es zum Schlusse fröhlich heisst:

„Da kam der rausgeschmissene Gast
zur Hintertür wieder herein.“

Diese Schwankung bei Feder ist aber sehr verständlich, wenn man weiss, dass Herr von Stauss, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank und Discontogesellschaft Herrn Hitler nach den Reichstagswahlen zu freundschaftlichen Besprechungen an der reichgedeckten Frühstückstafel einlud und Hitler die freundliche Einladung ebenso freundlich annahm.

Zweifellos ein Erfolg des Herrn von Stauss war der Antrag der Dr. Frick und Genossen vom 14. Oktober 1930 (Reichstagsdrucksache Nr. 64), der im schärfsten Gegensatz zu den früheren Agitationsanträgen zur Verlangung des der „höchstzulässige Zinssatz“ 5 Prozent einschliesslich der Tilgung betragen darf.

Das ist aber der Zinssatz, der vor dem Kriege allgemein galt. „Nach spätestens 50 Jahren“, so liess Hitler in dem Antrag Frick weiter erklären, „gilt jedes Darlehen als getilgt.“

Bei 5 Prozent Zinsen jährlich bedeutet das, dass der Bauer das geliehene Kapital zweieinhalbmal zurückzahlen verpflichtet ist. Auch im Dritten Reich! Die NSDAP. hält das offenbar für keine „Zins knechtschaft“.

Aber wenigstens die Wucherer sollen im Dritten Reich streng bestraft werden. Der schon genannte Antrag Dr. Fricks und Genossen fordert: „Wer sich für ein Darlehen einen höheren Zinssatz einschliesslich aller Provisionen und Verwaltungskosten als 5 Prozent versprechen lässt oder entgegennimmt, wird wegen Wuchers mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.“

Wie hiess es doch im „unabänderlichen“ Programm vom Jahre 1920? „Wucherer sind mit dem Tode zu bestrafen!“ Und wie sagen Frick und Genossen 1929 im Reichstag? „Nicht unter 3 Monaten!“ — Von der Todesstrafe zu 3 Monaten Gefängnis! Wahrlich, diese Nationalsozialisten lassen mit sich handeln!

Und das Finanzkapital lüchelt.

Dafür aber haben am 21. Januar 1931 die nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag zusammen mit allen übrigen bürgerlichen Parteien dem deutschen Grossindustriellen und „Halbjuden“ Otto Wolff nicht weniger als 7 Millionen Mark geschenkt.

VI.

Hitler wird ausgehalten von der Großindustrie

Ein altes deutsches Sprichwort sagt: Was' Brot ich ess, des' Lob ich

was' Brot ißt Hitler?

Vor uns liegt der Wortlaut eines Wahlauftrides, den einige Grosslandwirte des Kreises Mohnrugen in Ostpreussen herausgegeben haben. Er lautet folgendermassen:

Aufzut ostpreussischer Landwirte an das Landvolk.
Die Not des Landvolkes hat unter der politischen Führung von Hindenburg, Schleier, Westarp Formen angenommen, deren wahre Bezeichnung leider nicht zulässig ist.

Die Deutsche nationale Volkspartei, welche bisher in der Hauptsache die Vertretung des Landes umfasste, ist zerfallen.

Bedauerlicherweise hat gerade die Hagenberg-Gruppe wenig Sympathie und wird sich nicht allein durchsetzen können. Ihr Rückhalt und ihre Triebkraft liegen bei den Nationalsozialisten.

Es gilt daher, diese Partei zu stärken, dass sie im kommenden Reichstag das deutsche Volk zum Widerstand gegen das System und zum Aufbau eines Staates nach neuen deutschen Rechts- und Kulturbegriffen aufzurufen vermag.

Die Unterzeichneten wenden sich daher mit der Aufforderung an ihre Leidensgenossen, mit Spenden den Freiheitskampf der Nationalsozialisten zu unterstützen. Einzahlungen sind auf Postcheckkonto 7733, Ernst Penner, Königsberg, erbeten.

gez. Freiherr v. Buttler (Venedien), F. Berg (Kallisen), Freiburger (Reichau), Freiherrn von der Goltz (Vorwerk), H. v. Gottberg (Woonen), Chr. Trox (Rappern), Wilhelm Student (Rappern), G. v. Heimendahl (Kramer), Regierungsrat a. D. Hasenberg (Kreitz), Oberleutnant a. D. Wilhelm Richter (Speeg), Schümann (Reichau).

Es ist ausserordentlich bezeichnend für eine „Arbeiterpartei“, dass ausgerechnet Rittergutsbesitzer und ganz grosse Bauern, darunter Barone und Freiherren, für die Spenden sammeln gehen. Kleine Bauern können nicht leicht auf Postcheckkonto zeichnen!

Aber es kommt noch toller! Vor uns liegt der Inhalt eines Briefes, den Herr Hitler ganz eigenhändig an seinen Gauleiter in Darmstadt gerichtet hat, und den ein günstiger Wind der „Mainzer Volkszeitung“ auf den Redaktionstisch wehte. Er lautet:

Reichsgeschäftsstelle Braunes Haus, München, den 4. März 1931.
Geheim! H. — R.

An den Gauleiter des Kreises Hessen, Darmstadt.

An Kampfschatzspenden für den Gau Hessen sind eingegangen 15000 Mark. Beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Dyckerhoff, Dr. A. Dyckerhoff, Diplomingenieur A. Gastell sowie die Direktoren Schindler und Jung.

Diese Spenden verpflichten die weiteren Einstellungen zur besonderen Auswahl von gewinnungstreuen SA-Leuten, um dem Anwachsen der kommunistischen Elemente in den betreffenden Betrieben durch unsere Parteigenossen tatkräftig entgegenzutreten zu können, und hauptsächlich aber, um bei den Betriebsräteahlen unsere Macht noch mehr zu stärken.

Nur dadurch können wir unter den Anhängern der Kommunisten mit Hilfe grösstmöglicher Propaganda jedes einzelnen SA-Mannes eine Bresche in die Rot-Front-Partei schlagen, um das Endziel für uns, das Dritte Reich, zu erringen.

Für weitere Einstellungsmöglichkeiten unserer SA-Leute in die Betriebe der obgenannten Parteigenossen ist absolut einwandfrei Leumund und restlose Gewinnungstreue Voraussetzung. Gediente Leute sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Die Gauleitung hat dementsprechend ihre Kreis- und Ortsgruppenführer zu instruieren.

Kann man schamloser seine „Gewinnungstreue“ für die Ausbeuter anpreisen? „Diese Spenden verpflichten...“ Hoffdogen gegen die Kommunisten zum Schutze der Geldschranke!

Auch in Berlin geht die NSDAP. bei den Grossindustriellen, bei Borsig und ähnlichen Ausbeutern schmoren. Wie das „Nationalsozialistische Monatsblatt“, die Zeitung der aus der Partei geworfenen Stennes-Leute, am 15. Juni 1930 aus der Schule plaudern konnte, ist es Joseph Goebbels gelungen, anlässlich einer Besprechung im Schwefelsaal von Grossindustriellen 40000 Mark zu schmoren. Diese Beträge bei den Schwerververdienern wurde durch ein Sektionsrundschriften vom 23. 4. 1931 vorbereitet. Unter Nr. 2 dieses Rundschriftens heisst es:

„Einige Sektionen stehen noch mit der Nennung von Adressen solcher Personen aus, die zu der Besprechung mit Dr. Goebbels ein-

geladen werden sollen. Diese Sektionen müssen sich darüber klar sein, dass bei Fehlschlägen dieser Geldbeschaffungswiese eine monatliche Umlage auf die Sektionen bzw. die Mitglieder in Zukunft nicht mehr vermieden werden kann."

Deutlicher kann die Künftigkeit dieser Schutztruppe des Kapitals kaum noch ausgesprochen werden! Und ausgerechnet diese Leute reden vor den Arbeitern und Bauern von der Bekämpfung der mühseligen Gewinne!

Wunderst du dich in Zukunft nicht, Bauer, wenn die Wucherpreise der Industrie immer höher und höher werden, während deine Produkte nicht einmal die Selbstkosten mehr einbringen!

Jetzt verstehst du auch, warum die Nazis im Reichstag am 9. Dezember 1930 stimmten

- gegen den kommunistischen Antrag auf Festsetzung einer Höchstgrenze für alle Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen auf jährlich 8000 Mark und der Pensionen auf 6000 Mark,
- gegen den kommunistischen Antrag auf Erhebung einer einmaligen Sondersteuer von 20 Prozent auf alle Vermögen über 500 000 Mark (sogenannte Millionärsteuer),
- gegen den kommunistischen Antrag auf Erhebung eines Notopfers in Höhe von 20 Prozent von allen Aktionären und Aufsichtsräten,
- gegen den kommunistischen Antrag auf Einführung einer Sondersteuer von 20 Prozent für alle Schwerverdiener mit Jahreseinkommen über 50 000 Mark.

Wen aber die Nazis durch ihre Abstimmung schützten, zeigt folgende kleine Aufstellung:

Cuno, Reichskanzler a. D., Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie	600 000 Mark pro Jahr
Luther, Reichskanzler a. D., Generaldirektor der Deutschen Reichsbank, (trotz 30 Prozent Kürzung!) immer noch	180 000 Mark pro Jahr
Vögler, Generaldirektor des Stahltrustes	400 000 Mark pro Jahr
Bosch, Direktor des IG-Farbentrustes (auch Stickstoffindustrie)	500 000 Mark pro Jahr
Koettgen, Generaldirektor des Siemens-Konzerns	250 000 Mark pro Jahr
Dörpmüller, Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft (trotz angeblicher Gehaltskürzung)	108 000 Mark pro Jahr
Der Generaldirektor des ostelbischen Braunkohlensyndikats	250 000 Mark pro Jahr
Der Direktor der Kruppwerke, Essen	120 000 Mark pro Jahr
Der Erzbischof von Köln	194 000 Mark pro Jahr
usw. usw.	

Genügen diese Beispiele? Wir haben in Deutschland, in diesem verarmten, bittenden Deutschland 16 669 Personen mit einem versteuerten Jahreseinkommen über 50 000 Mark, wir haben 7500 Millionäre mit einem Vermögen von je mehr als 500 000 Mark, wir haben 11 bis 12 000 Aktiengesellschaften, die auch in diesen Notjahren noch jährlich 15 Milliarden Dividenden, also arbeiteloses Einkommen, an ihre Aktionäre und rund 55 Milliarden an Tantiemen an ihre Aufsichtsräte jährlich verteilen.

Hitler aber quitiert für eine einzige Abendveranstaltung im Braunschweiger Land — wie der Braunschweiger „Volksfreund“ am 5. Juni photographiert wiedergeben konnte, von einer Ortsgruppe 2000 Mark!

„Gerechte Preise!“ verspricht Hitler

Werner Willikens, nationalsozialistischer Mitteil des Reichsbauern im Nebenberuf Gutsbesitzer in Großlöße, Kreis Goslar, schreibt in seinem grundlegenden Buche „Nationalsozialistische Agrarpolitik“ auf Seite 28:

„Kurz gesagt: der Landwirt muß für seine Produkte einen „gerechten Preis“ bekommen.“

Was ist der „gerechte Preis“?

Allgemein gesagt, der ihm die Fortführung und Erhaltung seines Besitzes und Betriebes ermöglicht.“

Und Herr Willikens stellt unter diesem Gesichtspunkte folgende Rechnung auf:

Es notierten:	Vorkriegspreise 1911/14	Sollpreise	17. 2. 30 notierte Preise
Roggen, Berlin	169,— \mathcal{M} je Tonne	253,50 \mathcal{M}	161,— \mathcal{M}
Weizen, Berlin	202,— \mathcal{M} je Tonne	303,— \mathcal{M}	236,50 \mathcal{M}
Hafer, Berlin	169,— \mathcal{M} je Tonne	253,50 \mathcal{M}	131,— \mathcal{M}
S.-Gerste, Magdeburg	192,— \mathcal{M} je Tonne	288,— \mathcal{M}	145,— \mathcal{M}
Zuckerrüben	2,45 \mathcal{M} je dz	3,67 \mathcal{M}	2,80 \mathcal{M}
Milch	13,4 \mathcal{M} je Liter	20,1 \mathcal{M}	13 \mathcal{M}
Kühe a, b, c, Berlin	42,— \mathcal{M} je Zitr.	63,— \mathcal{M}	39,50 \mathcal{M}
Kälber c, d, Berlin	48,— \mathcal{M} je Zitr.	72,— \mathcal{M}	59,— \mathcal{M}
Schweine c	55,— \mathcal{M} je Zitr.	82,50 \mathcal{M}	73,50 \mathcal{M}
Schafe a—c	42,— \mathcal{M} je Zitr.	63,— \mathcal{M}	46,— \mathcal{M}

Unter „Sollpreisen“ versteht Herr Willikens eben jenen „gerechten Preis“, den der Bauer zu fordern habe.

Wie kommt aber Herr Willikens zu diesen Preisen? Er legt die Teuerung der Industriewaren zugrunde. Setzt man die Vorkriegspreise = 100, so beträgt der heutige durchschnittliche Preistendenz für die Industriewaren 150! Also muß auch der Bauer 150 haben!

Einfach, diese Rechnung, nicht wahr! Nur wie der Arbeiter und vor allem der Arbeitslose diese Preise zahlen soll, verrät uns Herr Willikens mit keinem Sterbeswürtlein.

Die hohen Preise allein tun es also nicht! Herr Willikens gibt das in einem lichten Augenblick auch zu. Er schreibt auf Seite 27:

„Obwohl es sich verlohnt, nur an die Möglichkeit der Senkung der Kunstingerpreise oder des Zinsfußes zu erinnern, um anzudeuten, wie auch von dieser Seite her der Landwirtschaft geholfen werden könnte.“

Aber „obwohl es sich verlohnt“, wirft Herr Willikens diesen guten Einfall gleich wieder beiseite. Damit „würde der Rahmen dieser Agrarpolitik zu weit gesteckt“, meint er. Der Nationalsozialist Willikens verzichtet also von vornherein auf jeden offenen Kampf gegen den Preiswucher der großen Industrie! Im Gegenteil, er empfiehlt dem deutschen Bauern den Preiswucher der Industrie als Vorbild.

Wir Kommunisten sagen den Bauern: Der bolschewistische Staat wird die großen Industriewucherer rücksichtslos und entschuldigungslos entzogen und dem deutschen Bauern billige Produktionsmittel geben, billiger als sie je vor dem Kriege waren. Denn es sind inzwischen gewaltige Fortschritte in der Erzeugung von Maschinen, Düngemitteln und Gebrauchsgütern aller Art gemacht worden. Der Bauer wird dann billig verkaufen können und doch genug zum Leben, für Alter und Erholung haben. So eint man die Interessen der Arbeiter und der Bauern!

Aber, — es könnte ein nachdenklicher Bauer einwenden: Heute ist eben das Industriekapital an der Macht, wir müssen im heutigen Deutschland leben.

Ja, so sagt auch die „Grüne Front“.

Doch wollen wir einmal still sein und überlegen! Ist es nicht ganz ausichtslos für den Bauern, in ein Wettrennen mit dem Industrietrust einzutreten? Wer wird da den längeren Atem haben? Das internationale Finanzkapital oder der kleine, marktierende Bauer, schaffend auf seiner Scholle? Wir fürchten, der kleine Bauer wird allzu rasch unter die Räder geraten. Er ist schon unter die Räder geraten! Darin liegt ja eben sein ganzer Jammer. Und was wollen die Nationalsozialisten? Sie verlangen, der Sterbende soll das Weltrennen wieder aufnehmen.

Freilich mit Staatshilfe, mit Zöllen!

„Nicht anders als durch Zölle“, schreibt Willkens, „wenn nötig, durch ein rigoroses Absetzen vom Weltmarkt!“ Aber zollgeschützte Preise müssen doch bezahlt werden! Von wem? Von den Arbeitern und Bauern selbst! Und wenn der Arbeiter, vollends der Arbeitslose nicht zahlen kann? Dann helfen die schönsten Preise nichts! Denn wo kein Markt, da ist auch kein Preis!

Was nun? Es ist bezeichnend, daß Willkens diese Frage der Kaufkraft der Arbeiter gar nicht stellt.

Willkens erklärt:

Wir behaupten den Zoll, den die deutsche Produktion braucht als Ausgleich gegenüber den besseren Naturbedingungen oder den schlechteren Sozialbedingungen anderer Staaten.“

Welche deutsche Produktion meint Herr Willkens? Jene der 11.000 Aktiengesellschaften, in denen auch rund 20 Milliarden Auslandskapital stecken und die geschützt sind mit „Industriezöllen“ zu Lasten nicht nur der städtischen, sondern ebenso aller ländlichen Konsumenten, vor allem eben des Bauern?

Herr Willkens lacht über den Einwand, daß hohe Zölle den Export gefährden, obwohl es doch auf der Hand liegt, daß alle Staaten in Zollrisiko verfallen und jede neue deutsche Zollerhöhung zum Vorwand doppelt hoher Zollsätze im Auslande benutzt wird, wodurch der Weltmarkt immer mehr und mehr zusammenschrumpft.

Eine kaufkräftige Landwirtschaft, so meint Willkens, werde für sie den Nachteil ausgleichen. Aber wenn machen die Zölle „Kauferisiko“? Doch nur einige Großbauern und Gutsherren. Gleichzeitig rauben die Zölle die Kaufkraft von Millionen Arbeitern, Angestellten, kleinen Mittelständlern und der kleinen Bauern selbst!

Wir sehen: ein verzauberter Kreis, aus dem selbst Hitler nicht herauszuführen vermag.

Eine dumme Lüge aber ist es, wenn man, wie Willkens, den Nutzen der Zölle auch für den kleinen Bauer beweisen will, dass man herausrechnet, der kleine Bauer erzeuge in Deutschland mehr Getreide, Kartoffeln, Rinder und Schweine als der Grossbetrieb. Dieses Rechenkunststück des Deutschen Landwirtschaftsrates hätte der Nationalsozialist getrost zu Hause lassen können. Denn erstens rechnet der Gutbesitzer Willkens alle Betriebe bis zu 200 preussischen Morgen = 50 Hektar zu den „Kleinbetrieben“ — was sagen die baufischen und pflanzlichen Bauern dazu? — und zweitens kommt es weniger darauf an, wieviel alle Bauern zusammen erzeugen, sondern wieviel vom Erzeugten jeder einzelne kleine Bauer auf den Markt bringen kann, denn nur dann kann er an Preise teilnehmen. Und es kommt weiter darauf an, wieviel schwerverzeilte Lebensmittel und Futtermittel der Bauer selber für seine Erzeugung erst zukaufen muß! Herr Willkens ist ja auch für möglichst hohe Futtermittelzölle!

Der kleine Bauer ist eben nicht, wie der Gutbesitzer mit dem Hakenkreuz gerne haben möchte, in erster Linie Kaufmann, sondern in erster Linie Arbeiter!

Und zum Schlundereport ins Ausland hat der kleine Bauer erst recht kein Interesse. Hier zeigt Willkens ganz offen den Pferdesinn des Verführers. Er schreibt:

„Umstritten mag die Frage sein, ob es berechtigt ist, mit Staatsmitteln, also mit Steuergebern, eine Ansicht durch Unterbütung des Weltmarktpreises zu Lasten des Staates zu erzwingen. Wir betonen sie schon ob der Parität innerhalb der Volkswirtschaft. Denn unbestritten exportiert die Industrie vielfach zu 60 Prozent des Inlandspreises.“

Wir denken, dieses Geständnis genügt. Verschönerung deutscher Erzeugnisse auf Kosten der hungernden Steuerzahler ins Ausland — die Nationalsozialisten bejahen das, nur weil die industriellen Kartellverbreiter das auch so machen.

Die Nationalsozialisten sind weder national noch sozial.

Wir Kommunisten erklären den werktätigen Bauern: Die Frage des „gerechten Preises“ ist nicht eine Streitfrage zwischen „Schutzzöllnern“ und „Freihändlern“. Bei der heutigen Herrschaft des Grosskapitals und dem Massenelend der Arbeiter muss der arbeitende kleine Bauer beim Schutz Zoll genau so zugrunde gehen wie beim sogenannten Freihandel.

Die Schutzzölle werden nämlich von Junkern und Großbauern dazu ausgenutzt, um selber zur Vieh-, Milch-, Schweine-, Gemüse- oder Obstproduktion in grossem Massstabe überzugehen. Ihre Markenware vertriebt schon heute überall die einfache Bauernware vom Markte. Das ostelbische Schwein frisst schon heute den nordwestdeutschen Bauern.

Wir Kommunisten sind nicht gegen Schutz zölle an sich, auch keineswegs grundsätzlich gegen landwirtschaftliche Zölle!

Die Sowjetunion hat zum Schutze ihrer Landwirtschaft wie ihrer Industrie mehr als nur hohe Zollmauern, sie hat das staatliche Aussehandelsmonopol. Aber immer kommt es darauf an, wer die Wälle des Zollschatzes oder des Handelsmonopols in der Hand hält: die Kapitalisten oder die werktätige Volk.

Mit der Zollwalle und den Staatsmonopolen geht es wie mit der Armee: es kommt immer darauf an, für wen diese Armeekräfte, wer ihre Offiziere sind, aus was für Menschen sie besteht. Die Reichswehr in Deutschland ist eine Walle gegen Arbeiter und Arbeitsbauern in der Hand von Feinden des arbeitenden Volkes. Darum sagen wir Kommunisten: Keinen Mann, keinen Pfennig für diese Reichswehr! Die Rote Armee in Russland ist ein Arbeiter- und Bauernheer, darum sagen wir: Es lebe die Rote Armee!

Und genau so handeln wir bei der Zollfrage! In einem Arbeiter- und Bauernstaat werden die Arbeiter gerne bereit sein, in ihrem eigenen, wohlverstandenen Interesse, auch für die werktätige Bauernschaft Opfer zu bringen, selbst wenn sie auf manches Nützliche wie Weizenbrot, Auslandsobst, Süßfrüchte, Frühgemüse vorübergehend verzichten müssen. Millionen verzichten ja heute auf viel, viel mehr! Darum Kampf um die Neuordnung der Wirtschaft durch den Arbeiter- und Bauernstaat unter der roten Fahne mit Sichel und Hammer.

VIII

Hitler „zerreißt“ den Young-Plan und verrät die Tiroler Bauern!

Eine ungeheure Last von Kriegskrediten haben das Versäiler Diktat und darauf weiterbauend Dawes-Plan und Young-Plan dem deutschen Volke

anierlegt. Rund 145 Milliarden Mark sollen in 50 Jahren aus den Knochen der deutschen Arbeiter und Bauern herausgepreßt werden. Im Etat der gegenwärtigen Regierung Brüning sind für die Jahreszahlung nicht weniger als 179,3 Millionen Mark vorgesehen: ein Fünftel des gesamten Steuer- und Zollaufkommens des deutschen Reiches.

Die Nazis haben während der Reichstagswahlen 1930 und bei allen anderen Gelegenheiten sich als die Vorkämpfer der „nationalen Befreiung“ von der Last der Kriegskredite aufgestellt. Wie verhalten sich hier Worte und Taten?

Noch im Winter 1929/30 führten Hugenberg und Hitler jenes Volksbegehren gegen den Young-Plan durch, mit dem sie sich heute noch brüsten. Uns Kommunisten machten sie schwerste Vorwürfe, weil wir den Schwund des Young-Plan-Nutzen (das sind die an den vom Deutschen Reich hochbezahlten Schlichterungen schwerwiegenden Grossindustriellen um Hugenberg) gegen den Young-Plan „kämpften“.

Man kann auch unmöglich ehrlich gegen den Young-Plan kämpfen, solange man — wie die Nazis — mit ein und demselben Atemzug eine kriegerische und gehässige Hetz gegen jene einzige Großmacht führt, die bereits vor 14 Jahren ihren „Young-Plan“ zerrissen und seither einen heroischen und siegreichen Kampf gegen das internationale Finanzkapital geführt hat, gegen Sowjetrußland.

Man kann überhaupt niemals ernstlich gegen den Young-Plan kämpfen, solange man wie die Nazis beide Augen vor der Tatsache verschließt, daß es in allen Ländern der Welt Sieger und Besiegte des Weltkrieges gibt. Die Sieger sind die Kapitalisten aller Länder, einschließ- lich der deutschen Kriegsgewinnler. Besiegte sind die Arbeiter- und Bauernmassen aller Länder und vor allem die 30 Millionen Erwerbslosen, die in den Straßen Newyorks und Londons ebenso vor Hungerschwäche umfallen wie in den Straßen Berlins. Wir müssen die Besiegten aller Länder zu Bundesgenossen haben.

Ein wirklich ernster, siegreicher Kampf gegen den Young-Plan hat also drei Voraussetzungen: 1. die unbegleitete politische Macht der Werktätigen im eigenen Lande, 2. das revolutionäre Bündnis mit der einzigen Großmacht, die selber im schärfsten Kampf gegen das internationale Finanzkapital steht, das ist die Sowjetunion, und 3. die internationale brüderliche Solidarität aller vom Großkapital ausgebeuteten und bewucherten Arbeitermassen in allen Ländern und allen Weltteilen unbeschadet der Nation, der Rasse und des Glaubens.

Nur die Kommunistische Partei erfüllt diese drei Bedingungen. Nur die von den Nationalsozialisten so bitter bekämpften Kommunisten zeigen also den Weg zur Zerreißung des Young-Planes.

Aber die Hitler-Partei hat nicht einmal das, was sie von ihrem Standpunkte aus den arbeitenden deutschen Volksmassen versprochen hat.

Als im neuen Reichstag die Kommunisten den Antrag stellten, mit sofortiger Wirkung die Zahlungen aus dem Young-Plan einzustellen, hat haben am 29. Oktober im Hauptausschuß die Nationalsozialisten bei der Abstimmung sich der Stimme enthalten! Und als Ende Februar 1931 der Antrag im Plenum des Reichstages zur Entscheidung stand, da hatte die 107-Männer-Fraktion just einen Tag vorher ihren Ausmarsch aus diesem „Erfüllungsreichstag“ vollzogen, ihm so die „Erfüllung“ erst recht erleichtert.

Kurz und gut: Kaum war die NSDAP zu einer entscheidenden Entscheidung im politischen Leben des Deutschen Reiches herangewachsen, da drückte sie sich vor der Verantwortung, verriet das Volk und die eigenen Wahlparolen.

Diese Mauserung der Partei der „nationalen Befreiung“ zum gemeinsamen Lakaien des Finanzkapitals begann sozusagen am zweiten Tag nach der Reichstagswahl. Bereits am 25. September 1930 konnte das Organ der rheinisch-westfälischen Trustbarone, die Deutsche Bergwerkzeitung, die sensationelle Mitteilung machen, wonach eine Newyorker Bankfirma ihren deutschen Geschäftsfreunden folgendes Kabeltelegramm schickte:

„Einem unserer Big four („große Vier“, das sind die vier größten Banken Nordamerikas! Anmerkung des Verfassers) sagte uns, daß auch er aufstrebte, daß unter dieser Voraussetzung eine gesunde politische Lage herbeigeführt werden könne.“

Hitler beilegte sich noch, diesen Eindruck bei den großen Weltbürgern durch beruhigende Zusagen zu verstärken, indem er am 30. September in seinem Blatte, dem „Völkischen Beobachter“, erklärte ließ:

Die Nationalsozialisten fordern die Revision des Versailler Vertrages und des Young-Planes.“

Aus der „Zerreißung“ war über Nacht eine ganz zahme „Revision“ geworden, also etwas, das auch Stresemann zeitlebens als erstrebenswert angesehen hätte.

Und als das internationale Finanzkapital Herrn Hitler zu verstehen gab, daß eine wirkliche Revision des Young-Planes gar nicht in Frage komme, da wurde die Stimme der großen Nationalhelden noch leiser. Am 4. Oktober 1930 erklärte Hitler dem amerikanischen Pressevertreter Karl von Wigan d wörtlich:

„Das Deutschland, das ich führen werde, wird nichts unterzeichnen, was wir nicht mit voller Überzeugung für durchführbar halten, aber peinlich alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen.“

Aus dem „Befreier“ war also in kaum drei Wochen ein „Erfüllungs-politiker“ geworden! Ein „Erfüllungs-politiker“, der sich mit einigen Erleichterungen zufrieden geben will.

Es liegt ganz in dieser Linie, daß die Vertreter der thüringischen und der brenschweigischen Regierungen, die Naziminister Frick und Franzens, am 20. November 1930 im Reichstag den 1800 Millionen Kriegskrediten im Haushalt der Brüning-Regierung zustimmten.

Einmal auf der abschüssigen Bahn — und es gibt kein Halten mehr! — vertritt Hitler heute schon das ganze Deutschland im Auslande. Noch vor einigen Jahren, in seinem grundlegenden Buche „Mein Kampf“, Band 1, Seite 224 bis 225, schrieb der Führer des deutschen Nationalsozialismus:

„Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkte des Kampfes der deutschen Nation um ihre Unabhängigkeit und Freiheit geworden.“

Und zur speziellen Tiroler Frage schrieb kurz darauf Herr Gottfried Feder in seiner von Hitler gebilligten Programmschrift:

„Wir verzichten auf keinen Deutschen im Sudetendeutschland, in Südtirol, in Polen, in der Völkerbundkolonie Österreich.“

Verschollener Sang! Am 18. Oktober 1930 sang Graf von Reventlow das hohe Lied der „Großmacht Italien“ mit folgenden Worten:

„Ich wende mich jetzt zu den tatsächlichen Folgen des 14. September. Einmal ist seitdem und in jeder Form die uneingeschränkte Sympathie der Großmacht Italien zum erwachenden Deutschland kundgegeben worden. Ist das kein politischer Erfolg? Zudem ist es eine Grundlage für künftige politische Erfolge.“

Und aus den Zerknirschungen „Südtirol“ erwiderte der Graf: „Südtirol ist ein Was wollen Sie mit diesen alten Kamellen!“

Noch brutaler hatte sich früher schon ein Jahr vorher sein Parteigenosse, der Parteikreisführer Heinrich (Ostpreußen) in einer Versammlung in Annaburg ausgedrückt. Er sagte wörtlich:

„Gegen die Bundesgenossenschaft Italiens wendet man ein, daß Mussolini Südtirol bedrücke. Das ist aber nur eine von den Freimaurern erfindene Lüge. Außerdem kommt es auf das Schicksal von einigen armen Südtirolern nicht an.“

Und Hitler selbst! Schon am 30. März 1927 hatte der große Adolf in einer Rede erklärt:

„Was hat man gegen Italien? Südtirol! Damit beginnen sofort alle Spieler lebendig zu werden!“

So spricht die Hitlerpartei von den deutschen Bauern im Ausland! Sie weicht nicht etwa der feindlichen Uebermacht, denn natürlich kann Deutschland keinen Krieg gegen Italien führen, sie buhlt um die Gunst des Unterdrückten, sie macht sich lustig über die Unterdrückten!

Und Mussolini zahlt mit Fußtritteln! Der italienische Justizminister Rocco erteilte auf das Liebeswerben des Stahlheils und des Hakenkreuzes folgende brutale Abgabe:

„Der Faschismus ist geschichtlich die Renaissance (Wiedergeburt) des Römertums und des Geistes der Disziplin, weiter die Erhebung gegen das Germanentum, gegen das Deutsche und den Geist der sogenannten Freiheit.“

Hitler hat diese Oberfeige verdient und schweigend eingesteckt.

Aber auch die deutschen Bauern in Polen sind Herrn Hitler höchstens ein Schachernobjekt. Wie die englische Zeitung „Daily Express“ am 4. Mai 1931 berichten konnte, erklärte Hitler ihrem Korrespondenten:

„Ich erwarte von England hauptsächlich Streichung der Tribute und freie Hand im Osten. Ich verlange nicht die Wiederherstellung der deutschen Vorkriegsgrenzen, auch nicht die Rückgabe der verlorenen Kolonien, aber fordere, daß Deutschland nicht mehr weiter als ein Paris (Ausstoßener) unter den Nationen, sondern als gleichberechtigt behandelt wird.“

Weniger hat Stresemann auch nie gefordert! Weniger fordern kann man überhaupt nicht mehr! Was Hitler über Stresemann und Curtius neu hinzufügt, ist, daß er Siedlungsraum für die deutschen Bauern jenseits der östlichen Grenzen fordert. Man müsse den überschüssigen Millionen Deutschen gestatten, sich in den weiten Räumen an den östlichen Grenzen auszuweiden und die „Hilfsquellen auszunützen, die die jetzt infolge der bolschewistischen Mißwirtschaft brach liegen.“

IX.

Hitler hetzt zum Krieg gegen Sowjetrußland

Also, deutscher Bauernsohn, wenn du siedeln willst, verlasse dein Vaterland, wo du „überschüssig“ bist, gehe jenseits der östlichen Grenze, versuche dein Glück in fremden Ländern, Hitler hat keine Zeit, keine Lust, sich mit dem Wohl und Wehe „überschüssiger Millionen“ im Dritten Reich noch abzugeben.

Aber vorher, vergiß nicht, mußt du dein Siedlungsland erst einmal der „bolschewistischen Mißwirtschaft“ entreißen. Hitler ladet dich ein, die Soldaten, englischer Geldkapitane gegen Gitlas, Tanks und Trommelfeuer zu marschieren, Kanonenfutter für das internationale Finanzkapital zu sein.

Die deutschen Fürsten im 18. Jahrhundert haben ihre Landeskrone an England für seine Kolonialkriege verkauft, Stück für Stück um ein paar Gulden. Hitler ist nicht mehr weit von diesem hohen Vorbild.

Von „Hilfsquellen“ faselt Hitler, die „infolge bolschewistischer Mißwirtschaft brach liegen.“

Offenbar glaubt Hitler in seinem „Braunen Haus“ in München, auch du habest noch nichts gehört von den gewaltigen Fortschritten der Industrie und Landwirtschaft im bolschewistischen Rußland, nichts von dem grandiosen „Fünfjahresplan“, der schon in vier Jahren durchgeführt wird, von den gewaltigen Industriewerken, Kraftwerken, Bergwerken, Eisenbahnen, Kanälen, Hochhöfen, Schulen, neu entstehenden Großstädten, nichts von den aufblühenden Kollektivwirtschaften der Bauern, die, vom Sowjetstaat mit Saatgut, Zuchtvieh, Düngemitteln, Schleppern, Drillmaschinen, Mähdrechern ausgerüstet, im genossenschaftlichen Betrieb die Landwirtschaft im großen betreiben, ihre Erträge verdoppeln, ihr ganzes Leben zum ersten Male frei und fruchtbar gestalten.

13,5 von 25 Millionen russischer und wolgadeutscher Bauernbetriebe sind heute mit Hilfe der Sowjets als moderne Betriebsgenossenschaften organisiert, die mit modernsten Maschinen, wie Schlepper und Mährescher, den Boden bebauen, mit bestem Zuchtvieh wirtschaften, ihre Einnahmen steigern und ihre Arbeitszeit durch verbesserte Arbeitsteilung und vernünftige Grundstücksverteilung bedeutend verkürzen.

Die Aussaat stieg durch dieses neue System von 2,7 Hektar je Hof des Einzelbauern auf 5,2 Hektar je Kopf des in die Gemeinschaft eingetretenen Bauern! 1400 Maschinenstationen versorgen die Bauernwirtschaften mit Schleppern und Maschinen aller Art. Schon im vergangenen Jahre überstieg infolge der besseren Bodennutzung die Ernte alle früheren Jahre. Der Ertrag ist von 717 auf 874 Millionen Doppelzentner gewachsen. Schulen, Kindergärten, Erholungs- und Altersheime blühen auf, die Bauernjugend hat Zeit für Sport, Lernen und Freude.

Die deutschen Bauern haben keinen Grund, wie Hitler ihre Augen vor diesen Tatsachen zu verschließen. Für sie liegt die Rettung nicht in einer ungewissen Siedlung jenseits der Grenze, sondern im Durchführen des russischen Beispiels auf deutschem Boden.

Geradezu widerlich ist das Schweißweden der deutschen Nazihelden vor den Machthabern des Auslandes. Der Sozialdemokrat Breitscheid kann es nicht händischer! Ausgerechnet den englischen Zeitungskönig und ehemaligen Deutschendresser Lord Rothermere ruft Graf Reventlow am 19. Oktober im Deutschen Reichstag als Kronzeugen für die „Erfolge“ des nationalsozialistischen Wahlsiegs auf. Reventlow erklärte:

„Es ist wohl bisher noch niemals vorgekommen, daß ein Mann wie Lord Rothermere in dem „Völkischen Beobachter“, dem Zentralorgan der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, sich für Revision des Versailler Vertrages ausgesprochen hat.“

Nicht von der eigenen Kraft eines um seine Freiheit kämpfenden großen Volkes erwartet also der Nationalsozialismus die Erlösung vom Versailler Diktat, sondern genau wie die sozialdemokratischen „Erlösungspolitiker“ von der Einsicht und Sympathie jener Räuber, die uns bisher versklavt.

Und in der großen englischen Zeitung „Times“ warnte Hitler die Londoner Bankiers:

„... aber wenn sich eines Tages die bolschewistische Gefahr nach allen Richtungen ausbreitet und die rote Fahne von Warschau nach Osten an den englischen Kanal weht, dann ist es zu spät.“

Das ist also der Sinn jener „nationalen Revolution“ Hitlers?

Schutzmann des internationalen Großkapitals spielen gegen hungernde Arbeitermassen.

Fast noch offensiver hat Hitler dies zugegeben in seiner eigenhändigen Antwort an den französischen Kriegsgeliebten Hervé, dem er im „Völkischen Beobachter“ vom 7. November mit einer fast kitzelnden Freundlichkeit erklärte:

„Die Frage der Ueberwindung des Bolschewismus ist eine Frage der Faschisierung des europäischen Stantes.“

Wer hat heute in Europa ein Interesse an der „Ueberwindung des Bolschewismus“?

Etwa die arbeitenden Bauern, denen das nationale und internationale Finanzkapital die letzte Kuh aus dem Stalle und die Ernte auf dem Acker pfänden läßt? Umsonst spielt Herr Hitler auf der alten Leier des Kommunismuschrecks. Die arbeitenden Bauernmassen haben erfahren, daß nicht die Kommunisten, wohl aber die Zinswucherer und Steuererheber des bürgerlichen Staates sie um Haus und Hof bringen. Das „Privateigentum“ des Hitler-Ärztlers des Bolschewismus schützen will, — sondern das Herrneigentum einiger großer Kapitalisten und Grundherrschaften.

Die Bolschewiki waren es, die 1917 den Sowjetbauern das Land der zaristischen Junker uneigentlich zur dauernden Nutzung übergaben.

Die Sowjetregierung war es, die 35 Prozent aller Bauern von jeder Steuer befreite und für die übrigen eine gerecht gestaffelte landwirtschaftliche Einheitsteuer einführt.

Die Sowjets waren es, die die billigen Staatskredite zuerst den kleinen Bauern, dann dem mittlern Landwirt zur Verfügung stellte, die Maschinen und Zuchtvieh zwar nicht schenkte, aber ohne Wechsel und ohne Wucherzinsen dem Bauern zur Nutzung bereitstellte, unter der einfachen und gerechten Bedingung, daß der Bauer bei normaler Ernte einen entsprechenden Teil an die Regierung zu festgesetzten Preisen, die die Unkosten decken, abgibt.

Erst die Sowjets haben dem russischen Bauern Lesen und Schreiben gelehrt, haben ländliche Volks- und Berufsschulen gebaut, landwirtschaftliche Kurse sowie Lehrmittelbetriebe eingerichtet.

Erst die Sowjets haben junge Bauern an die Hochschulen gezogen, viele tausende Bauern vom Fluge zur praktischen Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung in Gemeinde, Kreis, Staat herangezogen!

Das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist der festeste Eckstein der Sowjetunion, eine der stärksten Wurzeln ihrer verblüffenden Erfolge, die freilich von der freilich von der Schmarotzerei der ganzen Welt mit Haß und Grauen verfolgt werden.

Der deutsche Bauer hat vom Bolschewismus wahrhaftig nichts zu befürchten, denn er hat buchstäblich nichts zu verlieren als seine Ketten, aber genau wie der Arbeiter eine Welt zu gewinnen.

X.

Wie der Faschismus haust

Italien, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien — das sind die Vorbilder, die den deutschen Nationalsozialisten vorschweben. Herr Göbbels schrieb am 23. November 1930 im „Angriff“:

„Der Wideraufstieg des deutschen Volkes ist nur denkbar nach restloser Vernichtung der marxistischen Weltanschauung. ... Italien hat den Anfang gemacht, Ungarn ist nachgefolgt, und heute spielt sich das erbitterte Ringen in Deutschland ab.“

Stellen wir fest, wie Italien vorgegangen ist. Ein sehr großer Teil der italienischen Bauern sind Pächter. Die meisten Pächter wurden ge-

zwungen, $\frac{1}{4}$ bis $\frac{3}{4}$ der Ernte an den Großgrundbesitzer abzuliefern. Nach dem Krieg aber hatten die Klein- und Teilpächter — die Masse der arbeitenden Bauernschaft — den gesetzlichen Abschluß von Kollektivverträgen erzwungen. Die Konkurrenz der kleinen Pächter untereinander war dadurch ausgeschaltet, die Pachtpreise fielen. Die bäuerlichen Verbände schlossen Tarifverträge mit den Grundbesitzern ab, die Grundbesitzer wurden gezwungen, die Hälfte der Kosten für Saatgut, Düngemittel, Schutzmittel gegen Schädlinge zu bezahlen. Die Kündigung der Pächter durch die Grundbesitzer wurde von der Zustimmung einer Pachtkammer abhängig gemacht.

Auch die Landarbeiter, meist Kinder von Kleinbauern, hatten dank einer streifen gewerkschaftlichen Organisation ihre Lage verbessert, hatten eine Erhöhung der Arbeitslöhne, Kürzung der Arbeitszeit, Arbeitsvermittlung nur durch das Büro der Arbeiter selbst und ähnliches durchgesetzt.

Die Bauern stiegen sogar weiter vor. Am 2. September 1919 sah sich die damalige Regierung genötigt, durch das berühmte „Decreto Visocchi“ den gewerkschaftlich organisierten Kleinbauern das Recht einzuräumen, unbearbeitete oder schlechtbewirtschaftete Ländereien der Grundherren auf eine Reihe von Jahren hinaus einfach zu übernehmen. Durch ein besonderes Gesetz wurde die Steigerung der Pachtzinsen noch besonders verboten, aber auch die Verweigerung einer Neuverpachtung des Bodens wurde unter Strafe gestellt.

Kein Wunder, daß die Großgrundbesitzer voll Haß gegen die kleinen Bauern, gegen ihre Verbände und Genossenschaften waren und auf Rache sann. Aber die Bauern wurden von den Arbeitern unterstützt und es war vorläufig nichts zu machen.

Da kam der Faschismus!

In Städten und Dörfern wurden die berüchtigten „Fascio“, ähnlich dem deutschen Stahlhelm oder den SA, Hitlers, gegründet. Führer und Geldgeber waren Industrielle, Großgrundbesitzer und Großbauern. Alles wie bei uns. Der italienische Landbund (Associazione Agraria) taufte sich um auf den Namen „Kampfbund“ (Fascio di Combattimento). Der deutsche Landbund unter dem Grafen Kalkreuth und Stubbendorff geht denselben Weg!

Bald fingen die Faschisten an, auch Gewalt gegen die Bauern anzuwenden. Faschistische Horden stürmten in die Dörfer, verhinderten die Wahlen, zerstörten die Häuser der „roten“ Genossenschaften und Kleinbauernverbände, schleppten ihre Führer in Gefangenschaft, schlugen, folterten und schreckten keineswegs vor Mordtaten zurück.

Mussolini rühmte sich noch dieser Schandtat. Am 9. Juni 1923 erklärte er im Senat:

„Die Jahre 1921 und 1922 verliefen im Zeichen der faschistischen Strafexpeditionen. Die Faschisten mußten unter dem Drucke der Notwendigkeit die Städte und Dörfer mit großen bewaffneten Massen im Sturme erobern.“

Wie konnten sie das tun? Nur mit den Geldern der großen Industrie, der Großgrundbesitzer und der Regierung selbst. Auch in Deutschland haben die Faschisten schon diese Methoden versucht. Die nationalsozialistische „Strafexpedition“ gegen Fürstenwalde bei Berlin. Neumünster bei Kiel, im Erzgebirge, vor allem gegen die „roten“ Kleinbauern und Fischer in Groß-Heidekrug in Ostpreußen am 17. August 1930, wobei auch eine 75jährige Frau bestialisch verprügelt wurde, die bewaffnete Ueberfall von 800 SA-Leuten auf die Landarbeiter und Kleinbauern der Insel Fehmarn am Pfingstsonntag 1931, wo Fenster und Türen zerstört, Männer und Frauen geschlagen, ja ein Säugling lahm geschlagen wurde, haben eine blutige Spur hinterlassen.

Jeder Tag bringt auch in Deutschland Ueberfälle von SA-Horden auf Arbeiterviertel, Kleinbauern, Konsumvereine, Gewerkschaftshäuser, Ar-

beitersportveranstaltungen, Saalschlachten gegen politische Gegner — und alles unter der augenzwinkernden halben Duldung der sozialdemokratischen Severing-Polizei in Preußen, alles im stolzen Bewußtsein, daß Staatsanwälte und Richter dieser demokratischen Republik sie ja doch kaum einmal verknacken werden. Die revolutionäre Arbeiterpresse aber, rote Arbeiterverbände, Demonstrationen des proletarischen „Kampfbundes gegen den Faschismus“ werden verboten und auseinandergeknippt. Selbst Sportfeste sind den sozialdemokratischen und zentriemlichen Ministern zu gefährlich, wenn klassenbewußte Arbeiter sie veranstalten. Und weiß Arbeiter es wagen, dieser braunen Morpest heimzuleuchten, schreiben sie jetzt jümmelich über „Rotmoor“.

An die Macht gelangt, haben die italienischen Faschisten als erstes ihr Programm in Fetzen gerissen.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde abgeschafft. An Stelle gewählter Gemeinderäte traten die „Podesta“, das sind staatliche, faschistische Kommissare. Alles Land, das die hungernden Bauern, vor allem in Sizilien, den schmarotzenden Grundherren abgenommen hatten, wurde den Bauern wieder abgenommen und den Herren zurückgegeben. Mit Dekret vom 11. 1. 1923 erklärte Mussolini das Dekret Viscochis für ungültig. „Möglichst viele Bauern auf freier Scholle!“ schreibt der deutsche Faschist Willkens in seinem oben oft genannten Buche. Nun, sein Held und Vorbild Mussolini hat gezeigt, wie der Faschismus das macht. Siziliens Bauern verloren mit einem Federstrich 40 000 Hektar Land, sie wurden frei, nicht auf der Scholle, sondern von der Scholle.

Die Faschisten hatten den kleinen Bauern Steuerfreiheit versprochen. Aber mit Gesetz vom 10. November 1922 — 12 Tage nach der Machtergreifung! wurde dem Großkapital ein ungeheures Geschenk gemacht: die Registrierung und Kontrolle der Bank- und Industrieaktien abgeschafft. Die Aktiensteuer in Höhe von 10 Prozent war damit faktisch abgeschafft. Darum also durften wohl die deutschen Nationalsozialisten der Dividendensteuer, die die Kommunisten am 9. Dezember 1930 beantragten, nicht zustimmen.

Die Faschisten hatten dem italienischen Volke den Kampf gegen Schieber und Kriegsgewinnler versprochen. Aber am 19. November 1922 — 21 Tage nach der Machtergreifung! wurde die Untersuchungskommission, die den stinkenden Sumpf antücken sollte und schon einige Schandstaten aufgehellt hatte, nach Hause geschickt und ihr die Veröffentlichung des Ergebnisses von Mussolini verboten.

Wie schrie doch der kleine Göbbels im Reichstag: „Italien ist vorangegangen!“

Abgeschafft wurde ebenfalls die Erbschaftsteuer auf große Vermögen, die Steuer auf Betriebs- und Reservekapital der Aktiengesellschaften, das heißt eine Steuer auf 34 Milliarden Lire! Auch die Einkommensteuer für die hochbezahlten Direktoren wurde um 50 Prozent gesenkt, ausländische Kapitalisten blieben mit ihrem in Italien angelegten Vermögen steuerfrei.

Die neue landwirtschaftliche Einkommensteuer (Gesetz Nr. 16 vom 4. Januar 1923) bestimmte für alle Großgrundbesitzer, die den Boden verpachten oder in Lohnarbeit bebauen lassen, eine Steuer von 10 Prozent des Reinertrags, für selbstarbeitende Bauern jedoch von 10 Prozent des Rohertrags, weil sie ja angeblich den Arbeitslohn ersparen.“

Eine furchtbare Zeit brach an für jene kleinen italienischen Bauern, die in die letzter auf Lohnarbeit gehen müssen. 8 bis 10 Lire pro Arbeitstag, das sind 1,60 bis 2,—, sind der Durchschnitt noch heute. Deputat gibt es, steht, selten eine Suppe. Meist haben diese Landtagelöhner nur 10 bis 16 Tage Arbeit im Monat. Und angesichts dieser „gerechten Löhne“ haben

auf Befehl Mussolinis die faschistischen Scheingewerkschaften es fertiggebracht, sich „im internationalen Interesse“ mit Lohnkürzungen von 25 bis 30 Prozent einverstanden zu erklären. Jetzt verdient der lombardische Landarbeiter rund 1 Mark in Tag oder umgerechnet nach dem Preise der Lebensmittel 1½ Pfund Brot!

„Italien ging voran!“ Wir glauben, kein deutscher Arbeiterbauer, kein deutscher Landarbeiter wird mit den unglücklichen Kollegen unter der eisernen Faust Mussolinis tanschen wollen.

In Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Polen ist es teilweise noch schlimmer. Der Faschismus ist auf der ganzen Welt der Tod der Bauern!

XI.

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Das sind unsere Forderungen:
Die Schulden der kleineren und mittleren Bauern, Winzer, Gemüsebauern und Kleinfischer betragen mindestens 5 Milliarden Mark!

Wir verlangen Niederschlagung dieser Schuldenlast!

Die Schuldenzinsen der werktätigen Bauern an die Banken und Geldwucherer betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark!

Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital!

Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich!

Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern!

Die indirekten Steuern, die den werktätigen Bauer beim Kauf von Produkten stark belasten und eine Hauptursache der großen Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sind, betragen rund 5 Milliarden Mark!

Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!

Die Steuern der werktätigen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark.

Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer!

18 000 landwirtschaftliche Großbetriebe verfügen in Deutschland über 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ungerechnet Forstbesitz).

Wir fordern entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne!

25 Milliarden Mark gibt die Brüning-Regierung für sogenannte „Osthilfe“ den ostelbischen Junkern, Großbauern und Bankherren.

Wir fordern staatliche Beihilfe für die werktätigen Bauern, Bereitstellung der 2,5 Milliarden Osthilfsmittel ausschließlich für die Werktätigen!

Die Futtermittel- und Industriezollpolitik der Brüning-Schieler-Regierung erhöhen die Produktionskosten der bäuerlichen Wirtschaft um etwa 40 Prozent. Die Getreidezölle verteuern die Lebenshaltung der kleinen und Zukauf von Brodtreide angewiesenen Kleinbauern, schränken die Konsumkraft der Massen und damit die Absatzmöglichkeit für die Produkte der Bauernwirtschaft enorm ein.

Wir fordern Aufhebung der volkfeindlichen Zölle

Hunderttausende kleine Bauern, Bauernsöhne und Töchter haben durch Massenarbeitslosigkeit den zur Erhaltung der bäuerlichen Existenz notwendigen Verdienst aus Lohnarbeit verloren. Die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland bedeutet allein eine Verminderung des Masseneinkommens und der Konsumkraft um 5 Milliarden Mark jährlich.

Das von der Kommunistischen Partei aufgestellte Programm zur Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in der Woche mit Lohnausgleich, Wohnungs- und Strassenbauten, Flußregulierung usw., ermöglicht Arbeit für alle Arbeitslosen und Hebung der Massenkonsumkraft.

Wir fordern beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der KPD!

Durch Gesetze und Verordnungen haben der Reichstag und die Regierung bestimmt, daß Zehntausenden der von Arbeitslosigkeit betroffenen, auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinbauern, Bauernjugend, wie auch die Kleinlischer, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, damit der Ruin ihrer kleinen Wirtschaft beschleunigt wird.

Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjugend und Kleinlischer!

Die Belastung durch Alters- eile, zur wohlverordneten Sicherung des Lebensabends der alten Bauern und Bäuerinnen, ist für hunderttausende bäuerliche Betriebe untragbar geworden. Altenteil und Krankenkosten belasten die bäuerlichen Wirtschaften mit mindestens 500 Millionen Mark jährlich.

Wir fordern staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauerschaft, Winzer und Fischer!

Die Unternehmer führen eine unerbittliche Offensive zum Abbau der Löhne der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 30 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Massenkonsumkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit weitere Einschränkung des Absatzmarktes für Agrarprodukte bedeuten, ferner auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit stehenden Kleinbauern und der Bauernjugend. Darum:

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Rund 2 Milliarden jährlich betragen die durch den Young-Plan festgelegten Reparationslasten, die die deutschen Kapitalisten voll und ganz aus den arbeitenden Massen herauspressen.

Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!

Das werktätige Landvolk muß sich unter Führung der Kommunistischen Partei für diese Bauernforderungen einsetzen und im festen Bündnis mit dem Industrieproletariat für die Durchführung dieser Forderungen überall kämpfen.

Die einzige Garantie für die siegreiche Durchführung der Forderungen ist der gemeinsame Kampf für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung.

Arbeiter und Bauern, vereinigt euch!

Wählt Werktätigen-Komitees in allen Dörfern!

Winein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Bauer oder Pächter,

wenn du diese Broschüre aufmerksam gelesen hast, wirst du dir überlegen müssen, ob deine bisherige Einstellung zu den aufgeworfenen Fragen noch mit der rauhen Wirklichkeit übereinstimmt.

Für oder gegen

Es gilt sich zu entscheiden! Ganz gleich, wie deine Entscheidung ausfällt, gib uns davon Kenntnis. Die Meinung eines jeden Werktätigen ist uns wertvoll.

Anfragen werden wir gewissenhaft beantworten.

Reichsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus

Berlin C 2, Judenstraße 20

Broschüren für die werktätige Landbevölkerung

Kampf um die Scholle

Das Bauernhilfsprogramm der KPD.

In lebendiger, einfacher Sprache wird die Not der deutschen Klein- und Mittelbauern geschildert; die Bodennot, der Steuerabbau, der Zins- und Pachtraub, die Unfähigkeit des kleinen Familienbetriebes mit dem rationalen, mechanischen Großbetrieb zu konkurrieren. Der Ausweglosigkeit des bäuerlichen Familienbetriebes in der kapitalistischen Krise wird die Rettung und der Aufstieg des in Kollektiven zusammengeschlossenen russischen Bauern mit Hilfe des Arbeiter- und Bauernstaates gegenübergestellt. Der Wortlaut des „Bauernhilfsprogramms“ der KPD. zeigt zum Abschluß den Weg des Kampfes im Bündnis mit dem revolutionären Proletariat auch für den deutschen Bauern.

Die Forderungen der Grünen Front vor dem Reichstag

/Herausgegeben von der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die Vertreter der Grünen Front behaupten, daß durch die Wünsche aller Landwirte berücksichtigt würden, also sowohl der Großgrundbesitzer als auch der Kleinbauern. Die Unsinnigkeit dieser Behauptung beleuchtet die kommunistische Reichstagsfraktion an Hand von Schabildern über die Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und über den Wert der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland.

Wer hilft dem Landvolk?

In der Broschüre zeigt der Reichs-Bauernbund die Ursachen des Zerfalls der Bauernwirtschaften auf und zeigt gleichzeitig den Ausweg aus weiterer Verelendung.

Die Gutsherren bauen die Löhne ab

Die Broschüre bringt Material über die Lohndruckerfrage. Aus dem Inhalt: Der Lohnraub der Gutsherren und wie er verhindert werden kann. / Rede des Landarbeiterführers Neddermeyer vor dem Preussischen Landtag. Landarbeiteranträge der kommunistischen Fraktion im Landtag; Abstimmung der einzelnen Parteien über diese Anträge.

Putz: Der Bauer mit dem Traktor

Kollektivwirtschaften und Staatsgüter in der Sowjetunion. Der Sozialismus läßt sich nur verwirklichen, wenn parallel mit der Entwicklung der sozialistischen Industrie die Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft vor sich geht.

Bauer Giesbrecht wandert zurück nach Sibirien

Die Broschüre zeigt die Ursachen der Auswanderung russischer Bauern aus ihrer Heimat und die Sowjetheute, die damit verbunden war. Einer dieser Bauern, der inzwischen in seine Heimat zurückgekehrt ist, schildert anschaulich das Leben in seinem Heimatdorf und die Enttäuschungen der meisten Auswanderer in Deutschland.

Jede Broschüre kostet 10 Pfennige.

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25